

Eidgenössisches Versicherungsgericht  
Tribunale federale delle assicurazioni  
Tribunal federal d'assicurances

Sozialversicherungsabteilung  
des Bundesgerichts

Prozess  
{T 7}  
I 757/03

Urteil vom 18. Mai 2004  
III. Kammer

Besetzung  
Präsidentin Leuzinger, Bundesrichter Lustenberger und Kernen; Gerichtsschreiber Hadorn

Parteien  
F.\_\_\_\_\_, 1992, Beschwerdeführer, vertreten durch seine Eltern und diese vertreten durch Rechtsanwältin Lotti Stokar-Hildbrand, Schmiedengasse 33, 4104 Oberwil,

gegen

IV-Stelle Basel-Landschaft, Hauptstrasse 109, 4102 Binningen, Beschwerdegegnerin

Vorinstanz  
Kantonsgericht Basel-Landschaft, Liestal

(Entscheid vom 20. August 2003)

Sachverhalt:

Mit Verfügung vom 6. August 2001 lehnte die IV-Stelle Basel-Landschaft ein Gesuch des an Autismus leidenden F.\_\_\_\_\_ (geb. 1992) um Übernahme einer ABA-Therapie nach Lovaas ab.

Die dagegen erhobene Beschwerde wies das Kantonsgericht Basel-Landschaft nach Einholen eines Gutachtens von Dr. phil. W.\_\_\_\_\_, Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP am Institut für Spezielle Pädagogik und Psychologie B.\_\_\_\_\_, vom 28. Dezember 2002 mit Entscheid vom 20. August 2003 ab.

F.\_\_\_\_\_ lässt Verwaltungsgerichtsbeschwerde führen und erneut die Übernahme der erwähnten Therapie beantragen.

Die IV-Stelle und das Bundesamt für Sozialversicherung verzichten auf eine Vernehmlassung.

Das Eidg. Versicherungsgericht zieht in Erwägung:

1.

Das Kantonsgericht hat die gesetzlichen Vorschriften zum Anspruch Minderjähriger auf medizinische Massnahmen der Invalidenversicherung im Allgemeinen (Art. 12 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 5 Abs. 2 IVG) und bei Geburtsgebrechen im Besonderen (Art. 13 Abs. 1 IVG; Art. 1 Abs. 1 GgV), auf Sonderschulung (Art. 19 Abs. 1 IVG), auf pädagogisch-therapeutische Massnahmen (Art. 8 ff. IVV) sowie die zu den jeweiligen Leistungsarten ergangene Rechtsprechung richtig dargelegt. Ferner trifft zu, dass die materiellen Bestimmungen des ATSG nicht anwendbar sind. Darauf wird verwiesen. Zu ergänzen ist, dass auch die am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Änderungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung vom 21. März 2003 und der Verordnung über die

Invalidenversicherung vom 21. Mai 2003 nicht zur Anwendung gelangen ([BGE 129 V 4](#) Erw. 1.2).

2.

Streitig und zu prüfen ist, ob und gegebenenfalls unter welchem Titel die Invalidenversicherung die ABA-Therapie nach Lovaas zu übernehmen hat.

2.1 Die Vorinstanz hat erwogen, nach der Rechtsprechung müsse eine Behandlung bewährter Erkenntnis der medizinischen Wissenschaft entsprechen, damit sie von der Invalidenversicherung übernommen werden könne. Dies sei dann der Fall, wenn die Massnahme von Forschern und Praktikern der medizinischen Wissenschaft auf breiter Basis anerkannt sei. Bei der hier streitigen ABA-Therapie nach Lovaas sei gestützt auf das Gutachten von Dr. phil. W. \_\_\_\_\_ vom 28. Dezember 2002 davon auszugehen, dass die erwähnte Therapie wohl die derzeit wissenschaftlich am besten untersuchte Therapieform zur Behandlung von Autismus sei. In Norwegen und in den USA beginne sie sich langsam durchzusetzen. Hingegen stosse sie in andern Ländern, darunter in Deutschland und in der Schweiz, zumindest momentan noch auf Widerstand. In der Schweiz fehlten geeignete Ausbildungsstätten zur Anwendung der Therapie. Diese sei von den Krankenkassen noch nicht als Pflichtleistung anerkannt worden. Erfahrungswerte sowie Untersuchungen über Ergebnisse fehlten weitgehend. Daher sei die Therapie noch nicht auf breiter Basis wissenschaftlich anerkannt.

2.2 Es mag durchaus zutreffen, dass die streitige Therapie die gegenwärtig besterforschte auf dem Gebiet der Autismusbehandlung ist. Nicht zu übersehen ist auch deren bisheriger Erfolg in den USA und in Norwegen. Wie Dr. phil. W. \_\_\_\_\_ jedoch ausführt, gibt es weiterhin Länder, welche der Therapie skeptisch gegenüber stehen. Insgesamt lässt sich daher noch nicht sagen, diese sei auf breiter Basis wissenschaftlich anerkannt. Den sorgfältigen und zutreffenden Erwägungen des kantonalen Gerichts ist beizupflichten.

2.3 Da sowohl für die Übernahme medizinischer wie pädagogisch-therapeutischer Massnahmen durch die Invalidenversicherung vorausgesetzt wird, dass die entsprechende Vorkehr von der Wissenschaft auf breiter Basis anerkannt ist, kann offen bleiben, ob die ABA-Therapie im vorliegenden Fall als medizinische oder als pädagogisch-therapeutische Massnahme einzustufen ist. Es fehlt ohnehin am Erfordernis der breiten wissenschaftlichen Anerkennung, weshalb die Invalidenversicherung nicht leistungspflichtig wird. Die Vorinstanz hat den Anspruch des Versicherten unter allen in Frage kommenden Titeln (Art. 12, 13 und 19 IVG) eingehend abgeklärt und bei allen Varianten mit richtiger Begründung verneint. Dem ist nichts Weiteres beizufügen.

Demnach erkennt das Eidg. Versicherungsgericht:

1.

Die Verwaltungsgerichtsbeschwerde wird abgewiesen.

2.

Es werden keine Gerichtskosten erhoben.

3.

Dieses Urteil wird den Parteien, dem Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Sozialversicherungsrecht, und dem Bundesamt für Sozialversicherung zugestellt.

Luzern, 18. Mai 2004

Im Namen des Eidgenössischen Versicherungsgerichts

Die Präsidentin der III. Kammer: Der Gerichtsschreiber:

Eidgenössisches Versicherungsgericht  
Tribunale federale delle assicurazioni  
Tribunal federal d'assicurances

Sozialversicherungsabteilung  
des Bundesgerichts

Prozess  
{T 7}  
I 401/04

Urteil vom 3. Dezember 2004  
III. Kammer

Besetzung  
Präsidentin Leuzinger, Bundesrichter Lustenberger und Kernen; Gerichtsschreiber Hadorn

Parteien  
Bundesamt für Sozialversicherung, Effingerstrasse 20, 3003 Bern, Beschwerdeführer,

gegen

P.\_\_\_\_\_, 1993, Beschwerdegegner, vertreten durch seine Eltern, und diese vertreten durch Rechtsanwalt  
Dr. Ueli Kieser, Ulrichstrasse 14, 8032 Zürich,

Vorinstanz  
Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich, Winterthur

(Entscheid vom 28. Mai 2004)

Sachverhalt:

A.

Mit Verfügung vom 8. März 2000 lehnte die IV-Stelle des Kantons Zürich das Gesuch von P.\_\_\_\_\_ (geb. 1993) um Übernahme einer Therapie nach Lovaas ab.

B.

Die dagegen erhobene Beschwerde wies das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich mit Entscheid vom 5. April 2002 ab, soweit es darauf eintrat, überwies jedoch die Akten der IV-Stelle, damit sie ein Gutachten zur Frage einhole, ob die Lovaas-Therapie wissenschaftlich sei.

C.

Mit Verfügung vom 8. Januar 2003 verneinte die IV-Stelle den Anspruch von P.\_\_\_\_\_ auf die erwähnte Therapie erneut. Diese Verfügung bestätigte die IV-Stelle mit Einspracheentscheid vom 26. Juni 2003.

D.

Die hiegegen eingereichte Beschwerde hiess das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich mit Entscheid vom 28. Mai 2004 in dem Sinne gut, dass es die Sache zu näheren Abklärungen an die IV-Stelle zurückwies.

E.

Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) führt Verwaltungsgerichtsbeschwerde mit dem Begehren, der kantonale Entscheid sei aufzuheben.

Während die IV-Stelle auf Gutheissung der Verwaltungsgerichtsbeschwerde schliesst, lässt P.\_\_\_\_\_ deren Abweisung beantragen.

Das Eidg. Versicherungsgericht zieht in Erwägung:

1.

Das kantonale Sozialversicherungsgericht hat die gesetzlichen Bestimmungen zum Anspruch auf medizinische und pädagogisch-therapeutische Massnahmen bei Minderjährigen (Art. 13 IVG; Art. 19 Abs. 2 und 3 IVG; Art. 8ter, 9 und 10 IVV) im Entscheid vom 5. April 2002 richtig dargelegt. Darauf wird verwiesen. Ferner trifft zu, dass die am 1. Januar 2004 mit der 4. IVG-Revision in Kraft getretenen neuen Vorschriften vorliegend nicht anwendbar sind.

2.

Streitig und zu prüfen ist einzig, ob die Lovaas-Therapie wissenschaftlich sei oder ob hierüber ein Gutachten eingeholt werden muss. Während die Vorinstanz zum Schluss kam, dass die in den Akten liegenden medizinischen Unterlagen keine schlüssige Beurteilung erlaubten, weshalb eine Expertise nötig sei, weist das BSV auf das Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 18. Mai 2004 in Sachen F. (I 757/03), in welchem die Wissenschaftlichkeit der umstrittenen Therapie verneint worden sei. Der Versicherte lässt hiegegen einwenden, das genannte Urteil beruhe auf medizinischen Unterlagen aus dem Jahr 2002 und sei daher nicht mehr aktuell.

3.

3.1 Gemäss dem erwähnten Urteil F. ist die Lovaas-Therapie laut Gutachten von Dr. phil. W.\_\_\_\_\_, Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP am Institut für Spezielle Pädagogik und Psychologie (ISP), vom 28. Dezember 2002 möglicherweise die gegenwärtig besterforschte auf dem Gebiet der Autismusbehandlung. Sie setzt sich in den USA und in Norwegen allmählich durch. Indessen gibt es nach wie vor Länder, darunter die Schweiz, welche der Therapie skeptisch gegenüberstehen. Erfahrungswerte und Untersuchungen über Ergebnisse fehlen weitgehend. Insgesamt lässt sich daher noch nicht sagen, diese sei auf breiter Basis wissenschaftlich anerkannt.

3.2 Nachdem das Gericht die Wissenschaftlichkeit der Lovaas-Therapie in diesem Urteil verneint hat, fragt sich lediglich, ob in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse aufgetaucht sind und sich die streitige Therapie nunmehr allgemein durchgesetzt hat. Dr. med. G.\_\_\_\_\_, Oberarzt am Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie, schreibt im Bericht vom 10. Dezember 1999, dass Behandlungsprogramme nach Lovaas in der Schweiz weitgehend unbekannt seien. In den USA würden sie hingegen seit den 70er-Jahren durchgeführt, seien wissenschaftlich evaluiert und könnten Kindern mit autistischen Störungen grosse Fortschritte ermöglichen. In einem Bericht vom 22. November 1999 hatte Dr. G.\_\_\_\_\_ geschrieben, im Bereich der Autismus-Therapien sei es extrem schwierig, methodisch einwandfreie Studien durchzuführen. Diejenigen von Lovaas könnten sehr positiv beurteilt werden. Bei der Arbeit mit autistischen Kindern seien bisher überhaupt nur verhaltenstherapeutische Ansätze in ausreichendem Masse wissenschaftlich überprüft worden. Daher seien viele Fachleute der Meinung, solche Programme seien am ehesten in der Lage, bei autistischen Kindern deutliche Entwicklungsschritte in Gang zu bringen. Die publizierten Studien hätten gezeigt, dass Kinder mit kognitiven Fähigkeiten am meisten von solchen Programmen profitierten. Dies treffe auch auf den Versicherten zu. In einem Bericht vom 29. August 2001 zuhanden der Vorinstanz gibt Dr. G.\_\_\_\_\_ an, in der Schweiz würden Kinder erst seit kurzem mit der Lovaas-Therapie oder mit ähnlichen verhaltenstherapeutischen Ansätzen behandelt. Gerade die Lovaas-Therapie habe den Nachweis der Wissenschaftlichkeit im Vergleich mit andern Therapiemethoden und Förderprogrammen in einem aussergewöhnlichen Umfang erbracht. Nähere Angaben zu dieser Behauptung enthält der Bericht nicht.

3.3 Im Bericht der Schweizerischen Zentralstelle für Heilpädagogik, Luzern, vom 11. November 2002 wird die Frage der Wissenschaftlichkeit nicht direkt mit "ja" oder "nein" beantwortet. Die Zentralstelle verweist auf eine Studie von Prof. Probst, Psychologisches Institut, Hamburg. Zusammengefasst enthalte diese kritische Ergebnisse bezüglich der methodischen Qualität der analysierten Studien. Neben Stärken der inneren Validität (Langzeit- und Replikationsstudien, Blindevaluationen, Manualisierung des Behandlungsverfahrens) wird auf "Einschränkungen der inneren Gültigkeit durch Defizite in der Versuchsplanung sowie durch unangemessene Interpretation von

Behandlungsergebnissen zur Unterstreichung des Heilungsanspruchs" verwiesen. Unreflektierte Familieninterventionskonzepte und das Verfolgen schulmissionarischer Strategien hätten zu wissenschaftlich unhaltbaren Therapieerfolgsprognosen und zur Verunsicherung betroffener Familien geführt. Die Befunde zu den hohen Quoten von Regelschul-Platzierungen von nach dem Lovaas-Ansatz behandelten Kindern seien inkonsistent und hätten nie repliziert werden können.

3.4 In seiner Stellungnahme vom 11. März 2003 bezeichnet Dr. G. \_\_\_\_\_ diesen Bericht der Zentralstelle als unqualifiziert und stossend. Er zitiere einseitig aus der Arbeit von Prof. Probst, indem er nur auf den Aspekt der Schulplatzierung eingehe und die übrigen Affektstärken wie Sprach- oder Intelligenzentwicklung übergehe, welche von Prof. Probst nicht bezweifelt würden. Es fehle an wissenschaftlichen Studien, welche belegen würden, dass die in der Schweiz angewendeten Methoden die Entwicklung autistischer Kinder nachhaltig verbessert hätten.

3.5 Nach dem Gesagten besteht kein Anlass, zur Frage der Wissenschaftlichkeit der Lovaas-Therapie weitere Gutachten einzuholen. Einerseits ist das Urteil F. noch nicht zwei Jahre alt. Andererseits behauptet zwar Dr. G. \_\_\_\_\_ wiederholt, die Lovaas-Therapie sei gut erforscht, belegt aber seine Behauptungen mit keinerlei Nachweisen. Vielmehr räumt er selber das bereits aus dem Urteil F. Bekannte ein, nämlich dass die Lovaas-Therapie wohl in den USA verbreitet sei, andere Länder wie die Schweiz hingegen noch Zurückhaltung üben. Selbst wenn der Bericht der Zentralstelle für Heilpädagogik die Ergebnisse von Prof. Probst einseitig darstellen sollte, wofür Dr. G. \_\_\_\_\_ erneut den Nachweis schuldig bleibt, belegen die zitierten Passagen zumindest, dass hinsichtlich der Lovaas-Therapie noch erhebliche Unsicherheiten bestehen. Unter solchen Umständen muss es dabei sein Bewenden haben, dass die umstrittene Therapie nach wie vor nicht als auf breiter Basis wissenschaftlich anerkannt gelten kann.

Demnach erkennt das Eidg. Versicherungsgericht:

1.

In Gutheissung der Verwaltungsgerichtsbeschwerde wird der Entscheid des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich vom 28. Mai 2004 aufgehoben.

2.

Es werden keine Gerichtskosten erhoben.

3.

Dieses Urteil wird den Parteien, dem Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich und der IV-Stelle des Kantons Zürich zugestellt.

Luzern, 3. Dezember 2004

Im Namen des Eidgenössischen Versicherungsgerichts

Die Präsidentin der III. Kammer: Der Gerichtsschreiber:

Eidgenössisches Versicherungsgericht  
Tribunale federale delle assicurazioni  
Tribunal federal d'assicuranzas

Cour des assurances sociales  
du Tribunal fédéral

Cause  
{T 0}  
I 817/04

Arrêt du 18 avril 2005  
Ile Chambre

Composition  
MM. les Juges Borella, Président, Schön et Frésard. Greffière : Mme Fretz

Parties  
D.\_\_\_\_\_, recourant, agissant par ses parents,

contre

Office cantonal AI Genève, 97, rue de Lyon, 1203 Genève, intimé

Instance précédente  
Tribunal cantonal des assurances sociales, Genève

(Jugement du 10 novembre 2004)

Considérant en fait et en droit:  
que D.\_\_\_\_\_, né en 1998, souffre de troubles autistiques (ch. 401 OIC);

que le 25 février 2002, ses parents ont demandé à l'AI de prendre en charge une thérapie cognitive connue sous le nom d'Applied Behavioral Analysis (ABA) et destinée aux enfants souffrant de ces troubles;

que l'Office AI a opposé un refus à ladite demande par décision du 10 mars 2004, confirmée sur opposition le 17 mai 2004;

que par jugement du 10 novembre 2004, le Tribunal des assurances sociales du canton de Genève a rejeté le recours formé par l'assuré contre la décision sur opposition;

que par l'intermédiaire de ses parents, D.\_\_\_\_\_ interjette recours de droit administratif contre ce jugement dont il demande l'annulation, en concluant au remboursement des frais encourus pour la thérapie ABA ainsi que des frais d'écolage;

que l'Office AI conclut au rejet du recours et à la confirmation du jugement de première instance ainsi que de sa décision sur opposition;

que l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) propose également le rejet du recours au terme d'un préavis fondé sur l'appréciation de son service médical;

que les premiers juges ont exposé correctement les dispositions légales et réglementaires applicables au présent cas (art. 13 LAI, 2 al. 3 OIC et chiffre 401 OIC) ainsi que les

conditions auxquelles une méthode de traitement est réputée scientifiquement reconnue ([ATF 123 V 60](#) consid. 2b/cc; VSI 2001 p. 71, 2000 p. 232);

qu'en ce qui concerne la thérapie ABA, le Tribunal fédéral des assurances a déjà eu l'occasion de juger que celle-ci n'était pas, en l'état actuel de la science, largement reconnue par les chercheurs et les praticiens, de sorte qu'elle ne saurait être prise en charge par l'AI (arrêt F. du 18 mai 2004, I 757/03);

que le recourant sollicite implicitement du Tribunal fédéral des assurances une modification de sa jurisprudence quant à la prise en charge de la thérapie ABA;

qu'il n'apporte aucun élément nouveau ni pertinent qui justifierait de procéder à une nouvelle analyse de la thérapie litigieuse, sous l'angle du caractère scientifiquement reconnu;

qu'en l'état, les conditions d'un revirement de jurisprudence ne sont dès lors pas remplies en l'espèce, cela d'autant moins que l'OFAS a rappelé les nombreuses critiques émises par la communauté scientifique à l'égard de la thérapie ABA, démontrant ainsi de manière convaincante l'absence d'unanimité dans la communauté médicale quant à son efficacité;

qu'il en découle que le recours est infondé,

par ces motifs, le Tribunal fédéral des assurances, statuant selon la procédure prévue à l'art. 36a OJ, prononce:

1.

Le recours est rejeté.

2.

Il n'est pas perçu de frais de justice.

3.

Le présent arrêt sera communiqué aux parties, au Tribunal cantonal des assurances sociales et à l'Office fédéral des assurances sociales.

Lucerne, le 18 avril 2005

Au nom du Tribunal fédéral des assurances

Le Président de la IIe Chambre: La Greffière:

Eidgenössisches Versicherungsgericht  
Tribunale federale delle assicurazioni  
Tribunal federal d'assicuranzas

Cour des assurances sociales  
du Tribunal fédéral

Cause  
{T 7}  
I 604/04

Arrêt du 25 novembre 2005  
Ile Chambre

Composition  
MM. les Juges Borella, Président, Schön et Frésard. Greffière : Mme Berset

Parties  
C.\_\_\_\_\_, recourant, agissant par ses parents P.\_\_\_\_\_ et R.\_\_\_\_\_,

contre

Office cantonal AI Genève, 97, rue de Lyon, 1203 Genève, intimé

Instance précédente  
Tribunal cantonal des assurances sociales, Genève

(Jugement du 17 août 2004)

Considérant en fait et en droit:  
que C.\_\_\_\_\_, né en 1998, souffre de troubles autistiques (ch. 401 de l'annexe à l'OIC);

que le 29 juillet 2003, ses parents ont demandé à l'AI de prendre en charge une thérapie cognitive connue sous le nom d'Applied Behavioral Analysis (ABA) et destinée aux enfants souffrant de ces troubles;

que l'Office AI a opposé un refus à ladite demande par décision du 13 octobre 2003, confirmée sur opposition le 4 décembre 2003;

que par jugement du 17 août 2004, le Tribunal des assurances sociales du canton de Genève a rejeté le recours formé par l'assuré contre la décision sur opposition;

que par l'intermédiaire de ses parents, C.\_\_\_\_\_ interjette recours de droit administratif contre ce jugement dont il demande l'annulation, en concluant au remboursement des frais encourus pour la thérapie ABA (63'900 fr.) et des frais d'écolage (12'900 fr.), ainsi qu'au versement d'une rente d'invalidité de 800 fr. par mois dès le 1er avril 2001;

que l'Office AI conclut au rejet du recours et à la confirmation du jugement de première instance ainsi que de sa décision sur opposition;

que l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) propose également le rejet du recours;

que les premiers juges ont exposé correctement les dispositions légales et réglementaires applicables au présent cas (art. 13 LAI, 2 al. 3 OIC et chiffre 401 de l'annexe à l'OIC; art. 19 al. 1 LAI) ainsi que les conditions auxquelles une méthode de traitement est réputée scientifiquement reconnue ([ATF 123 V 60](#) consid. 2b/cc; VSI 2001 p. 71, [I 43/98] et 2000 p. 232);

qu'ils ont également rappelé qu'un droit à des subsides pour la formation scolaire spéciale (au sens de l'art. 19 al. 1 LAI) est exclu lorsque l'établissement pour la fréquentation duquel

ces subsides sont demandés n'a pas été reconnu comme école spéciale, effectivement et formellement, selon la procédure prévue à cet effet ([ATF 109 V 15](#) consid. 2a; VSI 2000 p. 207 consid. 2);

qu'en ce qui concerne la thérapie ABA, le Tribunal fédéral des assurances a déjà eu l'occasion de juger que celle-ci n'était pas, en l'état actuel de la science, largement reconnue par les chercheurs et les praticiens, de sorte qu'elle ne saurait être prise en charge par l'AI (arrêts D. du 18 avril 2005, [I 817/04] et F. du 18 mai 2004, [I 757/03]);

que le recourant n'apporte aucun élément nouveau ni pertinent qui justifierait de procéder à une nouvelle analyse de la thérapie litigieuse, sous l'angle du caractère scientifiquement reconnu;

qu'en l'état, les conditions d'un revirement de jurisprudence ne sont pas remplies en l'espèce, cela d'autant moins que l'OFAS a rappelé, dans une prise de position du 8 mars 2004 à l'intention du tribunal cantonal, les nombreuses critiques émises par la communauté scientifique à l'égard de la thérapie ABA, démontrant ainsi de manière convaincante l'absence d'unanimité dans la communauté médicale quant à son efficacité;

que par ailleurs, il est constant que l'Institut international L.\_\_\_\_\_, n'a pas été reconnu comme école spéciale, effectivement et formellement, selon la procédure prévue à cet effet (cf. consid. 8 du jugement entrepris);

que de surcroît, la conclusion du recourant tendant à l'octroi d'une rente d'invalidité est irrecevable, dès lors qu'elle n'entre pas dans l'objet du litige tel qu'il est défini par la décision sur opposition;

qu'au surplus, elle serait à l'évidence mal fondée;

qu'en effet, la rente est allouée au plus tôt dès le mois qui suit le dix-huitième anniversaire (art. 29 al. 2 LAI);

qu'il en découle que le recours est mal fondé dans la mesure où il est recevable,

par ces motifs, le Tribunal fédéral des assurances prononce:

1.

Dans la mesure où il est recevable, le recours est rejeté.

2.

Il n'est pas perçu de frais de justice.

3.

Le présent arrêt sera communiqué aux parties, au Tribunal cantonal des assurances sociales du canton de Genève et à l'Office fédéral des assurances sociales.

Lucerne, le 25 novembre 2005

Au nom du Tribunal fédéral des assurances

Le Président de la IIe Chambre: La Greffière: